

- Entwicklung einer stärkeren Bewusstseinsbildung in der breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit und Bedeutung der Technik.
- Deutlichere Aussagen der Wirtschaft und Berufsberatung über die Berufsaussichten in den technischen Sparten.
- Verstärkte Beratung der Eltern, vor allem an den entscheidenden Schnittstellen des Schulwesens wie in Jahrgangsstufe 7 der Realschulen und Jahrgangsstufe 10 der Gymnasien.
- Weitere Förderung der in der Kollegstufe des Gymnasiums angebotenen Kurse mit technischer Orientierung, wie Informatik, elektronische Datenverarbeitung, Kybernetik, technisches Zeichnen, Flugphysik u.a.
- Verbesserung der Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fächer an den Schulen durch entsprechende Umlenkung der bereitgestellten Mittel.
- Weitere Stützung des beruflichen Schulwesens, das die ausführende, technische und auch experimentelle Tätigkeit am stärksten fördert.

HOCHSCHULWESEN

Untersuchung über studentische Beteiligung an universitären Wahlen vorgelegt

Der Hochschulverband hat jetzt seine von Rudolf Wildemann durchgeführte Untersuchung über die studentische Beteiligung an universitären Wahlen im Jahre 1979 in einem Sonderheft unter dem Titel "Studenten '79" veröffentlicht. In einem Vorwort schreibt der Präsident des Hochschulverbandes, Hartmut Schiedermaier, dass zu den bemerkenswerten Ergebnissen der Studie die Erkenntnis gehöre, dass die Gruppenuniversität in ihrer tatsächlichen Verfassung eine Vertretung der studentischen Gruppen überhaupt nicht gewährleiste und insoweit auch keine echte Gruppenuniversität sei, sondern lediglich sehr kleinen Minoritäten eine Mitwirkung in Universitätsgremien biete. Es sei nicht überraschend, dass sich die Studenten der wissenschaftlichen Hochschulen in nur sehr geringem Maße an universitären Wahlen beteiligten. Der Grund für die geringe Wahlbeteiligung dürfte die richtige Erkenntnis sein, dass die Universität und ihre Gremien der denkbar schlechteste Platz für politische Selbstdarstellung und politischen Aktivismus seien. Diese Erkenntnis müsse ernst genommen werden, zumal sie von der ganz überwiegenden Mehrheit einer Studentenschaft getragen werden, der die Studie ein über dem allgemeinen Durchschnitt liegendes Maß an Kritikfähigkeit und politischem Interesse bescheinige. Für eine umfassende studentische Mitbestimmung in den Gremien der

Universität fehle der erforderliche Anreiz. Durch diesen aus der Praxis der Universität gewonnenen Befund würden überzogene Vorstellungen einer Mitbestimmung und deren gedankenlose Übertragung auf die Einrichtung der Universität wirksamer widerlegt als das jede Theorie zu leisten vermöge.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Über die Periode von 1968 bis heute haben rund 80 % der Studenten keiner Gruppe angehört, weder einer politischen noch einer konfessionellen noch einer geselligen. Die Varianz zwischen den einzelnen Universitäten ist dabei nicht sehr gross, es handelt sich um eine generelle Erscheinung. Die Studentenschaft ist als Ganzes ungegliedert, unstrukturiert, amorph, individualistisch.

Sozial eingebunden sind Studenten nicht in Universitäten, sondern in Familien und Freundeskreisen ausserhalb der Universität. Sofern sich in den Universitäten soziale Gruppierungen bilden, geschieht das in loser Weise in den jeweiligen Fachbereichen, den Seminaren und den Lehrstühlen.

2. Das politische Interesse der Studenten ist dagegen höher als in der Jugend insgesamt oder der Bevölkerung. Während in der Bevölkerung 25 % ein starkes politisches Interesse haben, sind es in der Jugend 30 und in der Studentenschaft 55 %. Nach Auffassung von Wildenmann ist dies eine Folge der höheren Schulbildung. Das politische Interesse der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht allgemein entspricht in etwa dem der Studenten und ist ebenfalls ein Ergebnis von Bildung und Status. Ein Elitebewusstsein war 1968 sehr stark, nämlich 70 %. Bis 1975 war es auf 50 % gesunken. Das Ansteigen der Studentenzahlen auf 20 - 25 % je Generation hat eine weitere qualitative Problematik geschaffen. Die Diskrepanz zwischen Erwartungshorizont - man ist wer - und den geringen konkreten Möglichkeiten, später tatsächlich führende Rollen ausüben zu können, ist sehr gross.

Die Universität wird allerdings als die Stätte empfunden, in der eine Art "Elitebewusstsein", eine Art Sonderstellung ausgelebt werden kann. Das gilt für solche Disziplinen vermehrt, die in der Gesellschaft keine klare, professionalisierte Karriere besitzen oder die, wie in der Wirtschaft, nicht wenigstens höhere Einkommenserwartungen haben: für Theologen, Sozialwissenschaftler, Kultur- und Sprachwissenschaftler. Dies gelte weniger für Techniker, Mediziner, Juristen und Betriebswirte. Das vorgestellte Sein beeinflusse das gegenwärtige Bewusstsein. Zu unterscheiden hiervon ist der generelle Wandel verhaltensrelevanter Werte, wie sie sich unter Studenten von 1968 gezeigt hat. Dieser Wertwandel war fast unabhängig von den jeweiligen Disziplinen und erstreckte sich auf soziale Verhaltensweisen (etwa Sexualverhalten) ebenso wie auf politische (Kritik an überkommenden Identifikationen).

3. Bei den gegebenen Statusdifferenzen der Studenten ist die Distanz zur Umwelt ausgeprägt. Demoskopisch wird sie zumeist mit einem "Links-Rechts-Schema" erfasst. Studenten sind eher links als die

Gesamtbevölkerung. Es wäre jedoch verfehlt, dieses Phänomen mit Sozialismus oder Kommunismus gleichzusetzen. Innerhalb der Studentenschaft gibt es jedoch eine beträchtliche Variationsbreite. Diese ist fast ebenso gross wie in der Gesamtbevölkerung.

Bei der Selbsteinschätzung der Studenten ergibt sich eine klare Häufung bei "mittelinks" bis "links". Dies hat sich bis 1979 nicht geändert, bedarf jedoch einer Interpretation, die die Chiffre "links" nicht von vornherein gleichsetzt mit Kommunismus oder Sozialismus. Hinter links verbirgt sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Inhalten, die nur eins gemeinsam haben: Man versteht sich in kritischer Distanz zu den bestehenden politischen Institutionen.

Analytisch lassen sich folgende Aussagen machen:

- Die bestehenden Institutionen wie Parteien oder Bundestag werden kritisch distanziert betrachtet. Zwischen der ideologischen Links-Rechts-Einstufung und der Akzeptierung solcher Institutionen ergibt sich eine negative Korrelation.
- Die ideologische Einstufung korreliert positiv mit politisch-individualistischen Einstellungen.
- Gleich welcher Art das ideologische Einverständnis ist, ob rechts oder links, findet sich unter Studenten eine ausgeprägte Kenntnis und Akzeptanz demokratischer Verfahrensregeln.
- Die ideologische Selbsteinschätzung korreliert positiv mit einer Konfliktbereitschaft.
- Zwischen politischem Individualismus und Regelakzeptanz besteht ebenfalls eine signifikante Korrelation.
- Konfliktbereitschaft und Akzeptanz politischer Institutionen sind negativ signifikant korreliert.

Die Studenten sind mehrheitlich individualistisch, d.h. politisch-organisatorisch nicht eingebunden, bereit zur Auseinandersetzung, verstehen sich mit demokratischen Verfahrensregeln und stehen den Parteien sehr kritisch gegenüber. Die Parteienverdrossenheit, die sich allenthalben in der Gesellschaft zeigt, ist unter Studenten stark ausgeprägt. Institutionen, gerade auch die Universität, sind ihnen entfremdet, sind für sie ohne inneren Bezug.

Die Disposition zu aggressivem politischem Verhalten unter dem Universitätspersonal beträgt etwa 8 %. Das sind Personen, die Gewalt angewendet haben oder die Anwendung stark unterstützen. In der Gesamtbevölkerung ergeben sich etwa 5 %. Diese Grössenordnung von 8 % korrespondiert nach Ansicht von Wildenmann mit den Erfahrungen, die in Universitäten im letzten Jahrzehnt gemacht werden konnten. Soziale Situationen sind für aggressives politisches Verhalten ebenso konstitutiv wie gebrochene Zukunftserwartungen oder tradierte Werthaltungen.

Die gebrochenen Zukunftserwartungen sind ein Ergebnis hoher, mit einem Studium verbundener Ansprüche an zukünftiges Einkommen und an den zukünftigen sozialen Status, Erwartungen, die offensichtlich nicht mehr erfüllt werden können. Bei den tradierten Werthaltungen handelt es sich um Werthaltungen, die im protestantischen, mittelständischen Milieu neben den liberalen Traditionen seit langem ausgeprägt vorhanden sind.

4. Die Ergebnissen lassen sich zusammengefasst so beschreiben:

- 65 % haben ein festes Studienziel, 50 % sind während ihres Studiums dabeigeblichen. 35 % sind als Studenten nicht professionell orientiert, 15 % haben sich während des Studiums zu einem Beruf entschieden.
- 90 % äussern Kritik an den Studienbedingungen, dennoch gefällt 70 % der Studenten das Studium. Kritisiert werden die Unübersichtlichkeiten der Studienverhältnisse, das Lehrangebot, das die Raumverhältnisse, das Lehrpersonal und die Regelstudienzeit. Nur 10 % klagen über Leistungsdruck, 5 % über mangelnde Mitbestimmung, 3 % über das Mensaessen. !!
- 27 % der Studenten schätzen ihre Berufschancen sehr gut oder gut ein, 40 % einigermaßen. Ähnliche Grössenordnungen ergeben sich in der Frage nach den Chancen, eine Stelle zu erhalten. Kurz- und langfristig sehen rund 30 % schlechte Erwerbsmöglichkeiten. Die Statusunsicherheit ist nach wie vor gegeben. Das hat sich in den 70er Jahren eingestellt. Dennoch haben 55 % ein Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, 38 % glauben, sich ihrer Unabhängigkeit erfreuen zu können, 24 % sehen sich wirtschaftlich als sicher, 27 % erwarten ein gutes Verhältnis zu Kollegen im Beruf, 25 % sind der Ansicht, etwas sinnvolles tun zu können, 21 % erwarten hohe Freizeit Chancen.

Die Mehrzahl der Studenten weist Einstellungen auf, die erwarten lassen, dass das gegenwärtige "Meinungsklima" umschlägt. Indessen genügen jedoch 20 % der Studenten, um die rationale Entwicklung zu ermöglichen.

- 77 % der Studenten glauben, dass man 600,-- bis 900,-- DM monatlich zum Studium brauche, 12 % liegen noch darüber. 42 % haben bis zu 600,-- DM, 52 % zwischen 600,-- und 800,-- DM, 6 % verfügen über mehr. Zwischen dem finanziellen Erwartungshorizont und den verfügbaren Mitteln besteht eine erhebliche Diskrepanz, selbst wenn man bei den verfügbaren Mitteln eine Dunkelzifferunterschätzung annimmt.

40 % beziehen "BaFöG", 70 % erhalten Zuschüsse von den Eltern, 55 % verdienen hinzu. 36 % arbeiten lediglich bis zu 10 Stunden in der Woche, während 19 % länger arbeiten. Hervorstechend ist die Annahme eines "Rechtsanspruchs" auf Subvention des Studiums. Das dies Folgen auf die individuelle Motivation hat, ist offensichtlich. !

- 35 % messen dem Numerus clausus keine allgemeine Bedeutung zu